

Beschluss der Bezirksmitgliederversammlung der DKP Saarland 02.02.2025, Sulzbach

Friedensfähig statt kriegstüchtig – Kriege beenden - Keine neuen US-Mittelstreckenwaffen – Abrüstung für Umwelt, Bildung und Soziales – Keine Wehrpflicht – Verhindert den Völkermord in Gaza

Die Kriegspolitik Deutschlands und der NATO führt zu einer deutlich wachsenden Bedrohung des Friedens in Europa und der Welt. In den letzten Jahrzehnten haben die westlichen Staaten ein dreifaches Übergewicht in Rüstung und Militär gegenüber Russland und China geschaffen. Die sogenannte Fähigkeitslücke ist eine Lüge!

Nun wollen die Herrschenden in den NATO-Staaten den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine nutzen, um durch noch gewaltigere Rüstungsausgaben die globale Vormachtstellung militärisch gegen die BRICS+-Staaten abzusichern. Sie wollen mit der Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen eine Erstschlagsfähigkeit gegenüber Russland erreichen und so eine strategische Überlegenheit in Europa schaffen. Dies würde eine bedrohliche Rüstungsspirale mit immer gefährlicheren Waffen auslösen, gegen die es kaum Abwehrmöglichkeiten gibt. Raketen würden in wenigen Minuten Moskau, die nuklearen Waffenstellungen und Kommandozentralen Russlands erreichen und umgekehrt Standorte wie Büchel und Ramstein. Die Sicherheit der Bevölkerung würde deutlich abnehmen, weil dadurch ein versehentlich ausgelöster Angriff immer wahrscheinlicher wird.

Gleichzeitig soll die Bevölkerung auf diesen Krieg eingeschworen und vorbereitet werden. Alle gesellschaftlichen Bereiche vom Gesundheitswesen, der Verkehrsinfrastruktur bis zu Bildung, Forschung und Medien werden in die Kriegsvorbereitung eingebunden. Die Wehrpflicht wird nach und nach wieder in Kraft gesetzt. Damit verbunden werden demokratische Rechte weiter abgebaut und kriegskritische Stimmen in den Medien an den Rand gedrängt.

Die israelische Regierung nutzt das verabscheuungswürdige Massaker des 7.10.2023 aus, um einen völkerrechtswidrigen Krieg gegen die palästinensische Zivilbevölkerung in Gaza zu führen. Schon zehntausende Menschen wurden getötet oder verwundet. Es droht ein Völkermord und die komplette Zerstörung aller Lebensgrundlagen. Im Westjordanland und in Israel leidet die palästinensische Bevölkerung unter der Apartheitspolitik der israelischen Regierung, wird weiter an den Rand gedrängt. Im Westjordanland werden sie aus ihren Häusern vertrieben, immer mehr jüdische Siedlungen werden illegalerweise gebaut. Auch dort steigt die Zahl der Opfer. Wir fordern einen dauerhaften Waffenstillstand in Gaza und ein Ende des Krieges sowie die Freilassung aller israelischen und palästinensischen Geiseln/Gefangenen und den Beginn von Verhandlungen für eine Zwei-Staaten-Lösung.

Die Unterstützung der Regierungen in Bund und Land für den Krieg in Gaza ist eine Schande und ebenfalls völkerrechtswidrig. Sie muss umgehend enden – genauso wie die Unterdrückung der Solidaritätsbewegung für Palästina.

Wir KommunistInnen gehen davon aus, dass der Kapitalismus die Triebfeder für Krieg und internationale Ausbeutung ist. Deshalb verbinden wir den Friedenskampf mit einer Perspektive zur Überwindung des kapitalistischen Kriegs- und Ausbeutungssystems.

Die DKP Saarland ist Teil der Friedensbewegung, die sich diesen Entwicklungen entgegenstellt.

- Wir unterstützen die Forderungen nach einer Verhandlungslösung im Ukraine-Krieg und lehnen Waffenlieferungen an das Regime in Kiew ab.

- Die explodierenden Rüstungsausgaben müssen ein Ende haben. Die neuen US-Mittelstreckenwaffen dürfen nicht stationiert werden, nach Büchel dürfen keine neuen Atomwaffen geliefert werden.
- Wir unterstützen deshalb die Kampagne „Friedensfähig statt erstschlagsfähig“ und die Unterschriftensammlung unter den Berliner Appell gegen die Stationierung der neuen Mittelstreckenwaffen.
- Die saarländische Landesregierung fordern wir auf, eine Initiative für Frieden, Abrüstungsverhandlungen und einen Verzicht auf die Stationierung in den Bundesrat einzubringen.
- Die Wehrpflicht darf nicht wieder eingeführt werden. Jugendoffiziere raus aus den Schulen – kein Werben fürs Sterben.
- Das Nordsaarland darf nicht weiter zu einer Basis für Rüstungsproduktion ausgebaut werden. Wir fordern im gesamten Saarland eine Konversion der vorhandenen Produktion in Richtung klimafreundlicher oder anderer sinnvoller Güter.
- Die Macht und Einflussnahme des militärischen Industrie-Politik-Komplexes müssen sofort begrenzt werden. Keine staatlichen Kredite oder Bürgschaften für Rüstungsproduktion oder Rüstungsgeschäfte.
- Wir unterstützen die Aktionen des FriedensNetz Saar und beteiligen uns insbesondere am Ostermarsch Saar 2025 am 19. April 2025.